

Sie wollen mit den Problemen doch Mandate gewinnen.

(Beifall von der CDU, der SPD, der FDP und den GRÜNEN)

Das ist Ihr Geschäftsmodell, dass Sie mit den Problemen Mandate gewinnen wollen. Der Pakt ist aber dazu geeignet, Probleme zu reduzieren und damit Mandate der AfD zu reduzieren.

(Christian Loose [AfD]: In den Ländern?)

In Wahrheit sind Sie deswegen gegen diesen Pakt. Das lassen wir Ihnen aber nicht durchgehen. – Vielen Dank.

(Beifall von der CDU, der SPD, der FDP und den GRÜNEN)

Präsident André Kuper: Vielen Dank, Herr Dr. Stamp. – Ich schließe damit die Aussprache.

Wir kommen zur Abstimmung. Die Fraktion der AfD hat gemäß § 44 unserer Geschäftsordnung eine **namentliche Abstimmung** zu dem **Antrag Drucksache 17/4297** beantragt. Gemäß Abs. 2 dieses Paragraphen erfolgt die namentliche Abstimmung durch Aufruf der Namen der Abgeordneten. Die Abstimmenden haben bei Namensaufruf mit Ja oder Nein zu antworten oder zu erklären, dass sie sich der Stimme enthalten. Ich bitte, mit dem Namensaufruf zu beginnen.

(Der Namensaufruf erfolgt.)

Meine Damen und Herren, damit haben alle Abgeordneten ihre Stimme abgegeben. Daher schließe ich die Abstimmung und bitte die Schriftführer, die Auszählung vorzunehmen.

Ich habe mich mit dem Sitzungsvorstand darauf verständigt, dass die Auszählung mit den bisherigen Schriftführern außerhalb des Plenarsaals erfolgt und wir in der Zwischenzeit mit der Tagesordnung fortfahren. – Dagegen sehe ich keinen Widerspruch. Dann können wir so verfahren.

Nun setzen wir die gestern unterbrochenen Haushaltsberatungen fort. Ich rufe auf:

5 Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2019 (Haushaltsgesetz 2019)

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 17/3300
Drucksache 17/4100 – Ergänzung

Änderungsantrag
der Fraktion der SPD
Drucksache 17/4344

Beschlussempfehlungen und Berichte

des Haushalts- und Finanzausschusses
Drucksachen 17/4400 bis 17/4413,
Drucksache 17/4414 – Neudruck
Drucksache 17/4416
Drucksache 17/4420

zweite Lesung

In Verbindung mit:

Zuwendungsrecht effektiv entbürokratisieren und vereinfachen – Kulturförderung als Pilotbereich

Antrag
der Fraktion der CDU und
der Fraktion der FDP
Drucksache 17/4302

In Verbindung mit:

Finanzplanung 2018 bis 2022

Drucksache 17/3301

Beschlussempfehlung und Bericht
des Haushalts- und Finanzausschusses
Drucksache 17/4419

In Verbindung mit:

Gesetz zur Änderung haushaltswirksamer Landesgesetze (Haushaltsbegleitgesetz 2019)

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 17/3303

Beschlussempfehlung und Bericht
des Haushalts- und Finanzausschusses
Drucksache 17/4418

zweite Lesung

In Verbindung mit:

Gesetz zur Regelung der Zuweisungen des Landes Nordrhein-Westfalen an die Gemeinden und Gemeindeverbände im Haushaltsjahr 2019 (Gemeindefinanzierungsgesetz 2019 – GFG 2019)

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 17/3302
Drucksache 17/4100 – Ergänzung

Beschlussempfehlung und Bericht
des Haushalts- und Finanzausschusses
Drucksache 17/4417

zweite Lesung

In Verbindung mit:

Gesetz über die Feststellung eines Nachtrags zum Haushaltsplan des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2018 (Nachtragshaushaltsgesetz 2018)

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 17/3400
Drucksache 17/4099 – Ergänzung

Beschlussempfehlung und Bericht
des Haushalts- und Finanzausschusses
Drucksache 17/4399

zweite Lesung

Die Veränderungen durch die im Haushalts- und Finanzausschuss gefassten Beschlüsse sind auch in den Veränderungsnachweisen dargestellt.

Zum Ablauf der Beratungen darf ich auf Folgendes hinweisen:

Das im Ältestenrat vereinbarte Beratungsverfahren mit der Reihenfolge der zu beratenden Einzelpläne und den vorgeschlagenen Redezeiten können Sie der Tagesordnung entnehmen.

Nach der Beendigung der Aussprache über einen Einzelplan erfolgt die Abstimmung über diesen Einzelplan.

Liegt ein Änderungsantrag zu einem Einzelplan vor, wird zunächst über diesen abgestimmt.

Über den Einzelplan 20 stimmen wir heute am Ende ab.

Ich rufe nun auf:

**Einzelplan 05
Ministerium für Schule und Bildung**

Beschlussempfehlung und Bericht
des Haushalts- und Finanzausschusses
Drucksache 17/4405

Ich eröffne die Aussprache und erteile für die SPD-Fraktion dem Abgeordneten Ott das Wort.

Jochen Ott (SPD): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Wir stehen kurz vor der Adventszeit. Deshalb habe ich überlegt, wie ich gleichzeitig auf Fehler hinweisen und trotzdem versöhnlich enden kann. Ich werde mir Mühe geben.

(Lachen von Henning Höne [FDP])

Ich kann am Anfang nur Folgendes deutlich machen: Weltbeste Bildung sollte es sein. Die großen Herausforderungen der Schulpolitik sind beschrieben. Ob wir da auf dem richtigen Weg sind, wage ich allerdings zu bezweifeln.

Ich möchte drei Punkte erwähnen, bei denen die rot-grüne Regierung von der glorreichen siebenjährigen Opposition immer wieder angegangen wurde und für die die Ministerin nun selbst keine Unterstützung in der Landesregierung findet. Drei Punkte möchte ich anführen, bei denen es besser wäre, der Ministerpräsident würde die FDP stoppen. Drei Punkte möchte ich aufrufen, bei denen wir besser gemeinsam arbeiten würden, aber die Hand bisher ausgeschlagen wurde. Dann kommt noch ein Weihnachtswunsch obendrauf.

Zunächst zu den Punkten, die die glorreiche Opposition der sieben Jahre

(Henning Höne [FDP]: Siegreich!)

– um die Worte „sieben Jahre“ schon einmal erwähnt zu haben – immer wieder angemahnt hat und in der Landesregierung jetzt selbst nicht liefert:

Erster Punkt: das Thema „Ganztags-Rettungspaket“. Wir haben viele Zuschriften bekommen und in den Wahlkämpfen große Reden darüber gehört, dass der offene Ganztags unterfinanziert ist, dass wir endlich zu einer geregelten Finanzierung kommen müssen und dass die Standards mit den Trägern und den Kommunen verabredet werden müssen, was Personal und Räumlichkeiten angeht, aber auch die Beiträge, die im ganzen Land unterschiedlich sind.

Außerdem haben wir eine Bundesregierung, die den Rechtsanspruch ab 2025 im Koalitionsvertrag festgelegt hat und dabei ist, ein entsprechendes Gesetz zu erarbeiten.

Vor diesem Hintergrund ist es sinnvoll, dass wir das gemeinsam planen. Wir haben einen Gipfel vorgeschlagen, bei dem man alle Partner an einen Tisch holt. Das ist bisher nicht geschehen. Insofern gilt: Die Menschen warten beim Ganztags auf eine konkrete Lösung. Angeboten haben Sie bisher nichts.

Zweiter Punkt: Lehrerbesoldung. Es ist absurd, wenn alle im Wahlkampf erzählen, sie würden das mit der Besoldung machen, und nachher sagen: Noch nicht; noch ist es nicht schön genug. – Direkt nach der Wahl ging es einigen gar nicht schnell genug. Sie wollten das eigentlich sofort haben, und zwar für alle. Jetzt fangen die Ersten an, zu sagen: Vielleicht doch in Etappen.

Wir erleben, was im Moment los ist. VBE und GEW sind auf den Barrikaden – zu Recht. Die Besoldungsanpassung nicht nur für die Kolleginnen und Kollegen an Grundschulen, sondern für alle A12-er muss jetzt kommen, meine sehr verehrten Damen und Herren.

Dritter Punkt: Schulsozialarbeit. In der Schulsozialarbeit ist das fortgesetzt worden, was wir angestoßen hatten. Zunächst einmal ist die Sicherung erfolgt. Wie wir aus den Äußerungen der Ministerialbeamten und aus den Ausführungen in der Anhörung wissen, kann

es so aber nicht weitergehen. Der Verschiebebahnhof zwischen Jugendhilfe, Sozialministerium und Schulbereich darf nicht weitergehen. Wir brauchen ein vernünftiges Konzept.

Als SPD haben wir die Punkte auf den Tisch gelegt. Es gab dazu eine Anhörung. Dabei sind viele Dinge, die wir vorgeschlagen haben, bestätigt worden.

Sie müssen liefern, meine sehr verehrten Damen und Herren, um die Schulsozialarbeit in Nordrhein-Westfalen endlich grundsätzlich zu sichern.

(Beifall von der SPD)

Jetzt nenne ich Ihnen drei Punkte, bei denen wir der Auffassung sind, dass der Ministerpräsident die FDP-Ministerin so schnell wie möglich stoppen sollte.

Erstens. Der größte Unsinn, den diese Koalition im Schulbereich macht, ist der Versuch, mit Talentschulen soziale Ungleichheit in diesem Land zu bekämpfen.

(Beifall von Eva-Maria Voigt-Küppers [SPD])

Es wird immer gesagt, Talentschulen seien doch eine wunderbare Idee, um herauszufinden: Wie macht man es denn, wenn man in schwierigen Lagen ist? Wie kann man Kinder dort besser fördern? – Grober Unfug! Warum? Wir wissen längst, woran es liegt, dass es in bestimmten Schulen schwieriger ist. Wir haben kein Erkenntnisproblem, sondern ein Umsetzungsproblem.

Was wir brauchen, ist ein konsequenter Sozialindex in diesem Land.

(Beifall von der SPD)

Die CDU erklärt öffentlich, dass sie der Auffassung ist, für einen Sozialindex sei kein Geld vorhanden, weil schon genug für die Inklusion ausgegeben werde. Wer tatsächlich meint, Sozialindex und Inklusion seien dasselbe, hat von Schulpolitik keine Ahnung.

(Beifall von der SPD)

Zweitens. Auch die Einführung eines Fachs „Wirtschaft“ sollte der Ministerpräsident stoppen. In unseren Zeiten, in denen die Demokratie von vielen Seiten angegriffen wird, ist das Einzige, was der Regierung einfällt, die Einführung eines neuen Schulfachs. Da fragt man sich doch allen Ernstes, was das soll. Ich glaube, ich bin der einzige Redner in dieser Debatte, der das Studium zu einem Sozialwissenschaftslehrer für Politik, Soziologie und Wirtschaft in diesem Land absolviert und in diesem Land auch unterrichtet hat.

Jeder, der sich ein bisschen damit auskennt, weiß, dass Wirtschaft schon heute fester Bestandteil in den Fächern an unseren Schulen ist, und zwar in ganz vielen Fächern. Das geht von Politik über Gesellschaftslehre, Sozialwissenschaften und Erdkunde

bis Arbeitslehre. Überall dort wird Wirtschaft bereits unterrichtet. So zu tun, als gäbe es das gar nicht, ist grober Unfug.

(Beifall von der SPD – Helmut Seifen [AfD]: Da muss ich Ihnen zustimmen!)

Was noch viel besser ist: Die Nähe zur Arbeitswelt wird dadurch hervorgerufen, dass es – dafür haben wir gesorgt – nicht nur Potenzialanalysen und drei Praktikumstage in Klasse 8 gibt, sondern auch das Berufspraktikum. Schon heute wird sehr viel investiert, um die Jugendlichen auf das berufliche Leben vorzubereiten, auch an Gymnasien. Deshalb kann ich nur sagen: Wozu ein Fach Wirtschaft, das jedenfalls an der Realschule eingeführt werden soll?

Was einen aber doch ein bisschen verwundert, ist, dass der Philologen-Verband Nordrhein-Westfalen in einer Pressemitteilung feststellt – ich zitiere mit Erlaubnis des Präsidenten –:

„Der PhV hat sich stets gegen ein neues Fach Wirtschaft an Gymnasien ausgesprochen. Fakt ist: Es wird kein! neues Fach Wirtschaft, wohl aber wird es im Rahmen des Faches Politik eine Stärkung der ökonomischen Bildung geben.“

Interessant! – Ich zitiere weiter:

„Das Schulministerium trägt selbst zur Verwirrung bei, indem von einem neuen Fach ‚Wirtschaft-Politik‘ ... gesprochen wird.“

Ein bisschen weiter unten in der Pressemitteilung wird es dann besonders lustig. Da führt der Philologen-Verband nämlich Folgendes aus:

„Neu ist an Gymnasien allenfalls die Bezeichnung ‚Wirtschaft-Politik‘ (statt ‚Politik/Wirtschaft‘).“

Ich muss schon sagen: Das ist beeindruckende ökonomische Kompetenz. Man dreht einfach den Namen des Schulfachs um. Dann hat man unter Beweis gestellt, dass man etwas von ökonomischer Bildung versteht. – Das ist doch lächerlich, meine sehr verehrten Damen und Herren!

(Beifall von der SPD)

Deshalb ist tatsächlich die Frage zu klären: Was wollt ihr denn jetzt eigentlich? Wir stellen heute schon fest, dass viel zu wenig politische Bildung an unseren Schulen stattfindet. Kein anderes Fach wird so viel fachfremd unterrichtet. Bei keinem anderen Fach fällt so viel Unterricht aus wie im Bereich Politik und Sozialwissenschaften. In einer Zeit wie dieser müssen wir mehr Demokratie wagen – und nicht mehr Wirtschaft.

(Beifall von der SPD)

Drittens. Beim Thema „Inklusion“ haben wir bewusst innegehalten, uns zurückgehalten und gesagt, dass wir uns das anschauen, weil wir wissen, dass auch wir Fehler gemacht haben. Das ist überhaupt keine

Frage. Dass Inklusion ein Menschenrecht ist, ist aber auch keine Frage. Die neuen Planstellen, die zur Verfügung gestellt werden, sind durchaus zu begrüßen. Das Problem ist nur: Eine Planstelle ist noch keine Lehrkraft. Es fehlen die Leute.

Wer mit neuen Zahlenspielen wie „25 – 3 – 1,5“ arbeitet, das am Ende aber nicht hinterlegen kann, macht ein neues Blendwerk. Er wird die Inklusion weiter gefährden und weiterhin unser Land destabilisieren.

(Beifall von der SPD)

Deshalb will ich hier ganz klar sagen: Im Moment herrscht an den Gymnasien ein großes Durcheinander. Die Eltern fühlen sich unter Druck gesetzt, weil sie gezwungen werden, in kürzesten Zeiten Entscheidungen darüber zu treffen, ob Schulen Inklusionsschulen bleiben dürfen oder nicht – ohne jede Erklärung. Es herrscht ein völliges Durcheinander. Ich bin wirklich fassungslos darüber, wie man den Prozess so einführen kann.

Insofern sage ich ganz klar: Sie sollten darauf achten, dass die Lehrerinnen und Lehrer bei diesem Vorgehen nicht raus aus der Inklusion und raus aus dem Ganztags gehen – nicht, weil sie das wirklich wollen, sondern, weil sie das Gefühl haben, sie müssten gegenüber der Politik einmal ein Zeichen setzen. Das wäre verheerend. Dann wäre Inklusion auch von Ihnen versemelt, meine sehr verehrten Damen und Herren.

Jetzt komme ich zu den drei Punkten, bei denen wir zusammenarbeiten sollten.

Erstens: beim Thema „Lehrermangel“. Wir kennen die Schweinezyklen seit 200 Jahren über alle Systeme. Da müssen wir gemeinsam herangehen. Wir müssen die Zahl der Studienplätze ausweiten. Wir stehen zur Verfügung. Kein Mensch versteht, warum sich Politik da gegenseitig bekriegt. Das müssen wir gemeinsam machen.

Zweitens: beim Schulfrieden. Die Länder, die im Bildungsbereich erfolgreich sind, haben einen Schulfrieden erreicht und den Schulfrieden nach vorne entwickelt. Bei uns wird er einseitig von der Landesregierung aufgekündigt, schon vor 2023. Das ist der falsche Weg, wenn man gemeinsam die Bildungspolitik nach vorne entwickeln will.

Drittens: bei der Rettung und Sicherung der Berufskollegs, der Berufsschulen. Auch an diesem Punkt kann man in diesem Zusammenhang ansetzen – wobei ich sehe und hoffe, dass es da Bewegung gibt. Es ist ganz wichtig, dass wir wie in der Vergangenheit zusammenarbeiten, weil die berufliche Bildung und die Ausbildung in Berufsschulen weltweit ein Beispiel sind. Daran sollten wir gemeinsam arbeiten. Die SPD ist dazu bereit.

(Beifall von der SPD)

Zum Schluss komme ich zu meinem Weihnachtswunsch. Ich bin sehr froh darüber, dass wir im Ausschuss gemeinsam den Haushaltsansatz zur Förderung von Fahrten zu Gedenkstätten erhöht haben. Wir werden das hier auch beschließen. Das ist wunderbar.

Ich halte es in diesen Zeiten, wie gesagt, für sehr wichtig, Kindern und Jugendlichen die Chance zu geben, die Gedenkstätten – sei es zum Ersten Weltkrieg, sei es zum Zweiten Weltkrieg, seien es die Gedenkstätten rund um den Holocaust – zu besuchen, damit sie sich ein Bild machen können. Denn Mahnung und Verantwortung aus Geschichte erwachsen nur, wenn man so etwas gesehen und sich vor Ort ein Bild gemacht hat.

Meine Bitte zum Schluss lautet: Die Einzigen, die im Moment bei der Förderung dieser Fahrten durch den Rost fallen, sind die Referendarinnen und Referendare. Einerseits werden sie der Schule zugerechnet; die Schule sagt aber, dass die Fördermittel für die Kinder seien. Andererseits unterfallen sie noch nicht dem Fortbildungsetat. Deswegen sind die Referendarinnen und Referendare in einer besonderen Situation. Die Fachleiter dieses Landes für Geschichte, Sozialwissenschaften, Erdkunde und Gesellschaftswissenschaften haben intensiv darum gebeten.

Wir sollten dafür sorgen, dass auch die Studienseminare auf diese Fördergelder zugreifen können, damit schon in der Lehrerausbildung klar ist: Wenn ihr außerschulische Lernorte besucht, ist das richtig gut für die Kinder und sichert die Demokratie.

In diesem Sinne hoffe ich, dass dieser weihnachtliche Wunsch vielleicht gemeinsam in der dritten Lesung Wirklichkeit werden kann. – Herzlichen Dank.

(Beifall von der SPD)

Präsident André Kuper: Vielen Dank, Herr Kollege. – Für die CDU erhält nun Herr Abgeordneter Rock das Wort.

Frank Rock (CDU): Herr Landtagspräsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Herr Ott, Sie sprachen von einer Destabilisierung in unserem Land durch die Inklusionspolitik der neuen Landesregierung. Die Destabilisierung kam meines Erachtens durch Ihre Politik der letzten Jahre gerade im Bereich der Inklusion in unserem Land zustande. Jetzt sind wir in der Verantwortung. Das machen wir gerne. Aber wir werden die richtigen Zeichen setzen.

(Beifall von der CDU und der FDP – Jochen Ott [SPD]: Interessantes Zitat von mir!)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, meine Rede zum Haushalt 2018 habe ich mit folgenden Worten begonnen: „Wer nach vorne sehen will, darf nicht nach hinten blicken“. – Blicke ich ins letzte Jahr zurück,

muss ich feststellen, dass wir weiterhin nach vorne geschaut und unser Land bildungspolitisch nach vorne gebracht haben.

Vielleicht fragen sich vor allem diejenigen auf der Oppositionsseite hier im Haus, an welchen Punkten der Kollege festmacht, dass die Bildungspolitik sich verändert hat. Ich möchte es an vier Punkten festmachen und hoffe, dass Sie gut zuhören.

Erstens. Wir investieren in die beste Bildung für unsere Schülerinnen und Schüler.

Zweitens. Wir setzen auf Qualität in der Inklusion.

Drittens. Wir bevorzugen keine Schulform, sondern entwickeln alle Schulformen weiter.

Viertens. Wir stellen uns den Herausforderungen der Zukunft.

Unser Ziel ist und bleibt, Aufstieg durch Bildung zu ermöglichen. Wir müssen daher evaluieren, modernisieren und investieren.

Um das Bild vom letzten Jahr aufzugreifen: Der Bildungstanker NRW hat sich in die richtige Richtung bewegt. Wir werden die weiteren notwendigen Schritte der Veränderung gehen, zwar merklich langsam, aber nicht mit großen Verwerfungen und Unruhen.

Das unterscheidet uns von den bildungspolitischen Blindflügen der letzten Jahre – um im Bild zu bleiben: von der bildungspolitischen Schiffshavarie der rot-grünen Regierung unter Ministerin Löhrmann.

Zurück zu den von mir angesprochenen vier Punkten:

Erstens. Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir investieren in die beste Bildung, in unsere Schulen. Der Schuletat steigt um weitere 753 Millionen Euro – das sind 4,2 % – auf insgesamt 18,7 Milliarden Euro. Das ist ein Viertel des Gesamthaushaltes. Allein dies zeigt den Stellenwert der Bildung für die NRW-Koalition. In der Summe sind das 1.000 Millionen Euro mehr seit Regierungsbeginn.

Warum wir das tun, ist klar: Wir müssen in Bildung investieren, um die Bildungschancen, das Lernen und die individuellen Lernwege unserer 2,3 Millionen Schülerinnen und Schüler, unterrichtet von fast 200.000 Lehrerinnen und Lehrern in 5.700 Schulen, zu verbessern.

Für diese Verbesserung bedarf es hoher Investitionen. Das zeigt auch der Haushalt in diesem Jahr. Im Gegensatz zu der Bildungspolitik der letzten Jahre erhöhen wir nicht nur den Bildungsetat, sondern steuern und lenken auch die Mittel, um die Bildung für unsere Schülerinnen und Schüler zu verbessern.

Zweitens. Wir setzen auf Qualität in der Inklusion. Die Fehler bei der Umsetzung der Inklusion haben die

Schulen und somit alle Beteiligten vor unlösbare Aufgaben gestellt. Sie haben dem guten Gedanken einer Schule, in der es keinen Unterschied zwischen Kindern mit und ohne Handicap gibt, einen Bärendienst erwiesen. Denn die wenigsten haben vor Ort Positives erfahren – leider.

An dieser Stelle möchten wir nun umsteuern. Die Ministerin hat mit den vorgestellten Standards, die dringend notwendig waren, umgelenkt. Die von Herrn Ott schon angesprochene Formel „25 – 3 – 1,5“ wird dafür Sorge tragen, dass nur dort Inklusion stattfinden wird und kann, wo hinreichend Personal vorhanden ist.

Dies bedarf einer Bündelung von Ressourcen, besagt aber in keiner Weise eine Abkehr von der inklusiven Schulentwicklung und schon gar nicht das Herausheben einzelner Schulformen. Jede Schule in NRW, die sich schon auf den Weg gemacht hat oder machen will, wird ab dem Schuljahr 2019/2020 eine Personalaufstockung für die Inklusionsklassen erhalten.

Dies bedarf einer Investition für das Land Nordrhein-Westfalen bis zum Jahr 2024/2025 in Höhe von 3,4 Milliarden Euro. Dieses Geld investieren wir gerne für eine bessere inklusive Bildung. Insgesamt werden 6.000 Stellen benötigt. Wir fangen nächstes Jahr damit an.

Für uns heißt inklusive Bildung aber auch, ein wirkliches Elternwahlrecht mit einem flächendeckenden Förderschulangebot zu erhalten und im Rahmen eines verbesserten Übergangsmanagements und einer evaluierten Beratungsstruktur diese Potenziale zu nutzen und weiterzuentwickeln.

Drittens. Wir haben in NRW ein gewachsenes Bildungsangebot, in dem alle Schulformen gleichberechtigt eine Entwicklungschance benötigen, die sie von unserer Regierung auch erhalten. Der ideologische Klassenkampf zwischen guter Schulform und böser Schulform ist mit uns nicht zu machen. Wir geben allen Schulen in NRW die Möglichkeit, sich zu entwickeln und die Herausforderungen angesichts steigender Anforderungen – Stichworte: „Migration“ und „Inklusion“, aber auch „individuelle Förderung“ – anzunehmen.

So sinkt an allen Schulen der Sekundarstufe I die Schüler-Lehrer-Relation geringfügig.

Des Weiteren werden wir an den Gesamtschulen 646 neue Stellen für die Sekundarstufe I ermöglichen. Dadurch werden die Quoten im Verhältnis Sek I/Sek II von 44 auf 47 angehoben. So nimmt an den Gesamtschulen der Anteil von Lehrerinnen und Lehrern mit der Befähigung zum Lehramt an der gymnasialen Oberstufe deutlich zu.

Es wird zur Stärkung des Hauptschulzweiges zusätzliche Lehrkräfte an den Realschulen geben, um an

diesen Schulen weiterhin Schulabschlüsse zu sichern.

Wir ermöglichen ab diesem Sommer, dass Sekundarschulen zweizügig fortgeführt werden können.

Des Weiteren starten wir mit dem neuen G9, das wir gemeinsam mit allen Beteiligten zum Sommer auf den Weg bringen werden.

An diesen Beispielen sehen Sie: Unser Einsatz ist für alle Schulformen gleich.

Damit komme ich zu meinem letzten Punkt. Wir stellen uns den Herausforderungen der Zukunft. Die Herausforderungen sind groß und vielfältig. Vor allem müssen wir darauf achten, dass wir einzelne Regionen nicht weiter abhängen oder abgehängt sein lassen. Denn der Lehrermangel schlägt – neben den unterrichtlichen Problemen – in diesen Regionen besonders stark durch.

Um auf unterrichtliche Herausforderungen eine Antwort zu geben, wird es dort 557 weitere Stellen geben. Herr Ott, hören Sie zu. Es handelt sich dabei um sozialpädagogische Fachkräfte, die wir für die Schulleitungsphase in die Grundschulen einbringen.

Seit Regierungsübernahme haben wir das Angebot an Fachpersonal für unsere Grundschulen verdreifacht. 70 % dieser Stellen werden schon unter Berücksichtigung eines Sozialindex vergeben. Dieser Einstieg der Personalverteilung unter sozialen Gesichtspunkten muss zukünftig fortgesetzt werden. Das werden wir auch tun.

Es wird 692 weitere Lehrerstellen für die sonderpädagogische Unterstützung geben.

Außerdem sind 270 Tarifstellen – Tarifstellen, weil die Lehrer nicht vorhanden sind – für multiprofessionelle Unterstützung in den Schulen der Sekundarstufe I vorgesehen. Hier möchten wir soziale Härten besser ausgleichen.

Den Schulträgern stehen für das Jahr 2019 die Mittel aus dem Programm „Gute Schule 2020“ zur Verfügung. Ihnen steht aber auch eine erhöhte Schulpauschale in Höhe von nunmehr 659 Millionen Euro zur Verfügung. Das ist ein Plus von 50 Millionen Euro.

Die NRW-Koalition möchte auch die Bekämpfung von Antisemitismus, Rechts- und Linksextremismus sowie Salafismus unterstützen. Natürlich sind dort die Herausforderungen groß. Wir schaffen bei den Beratungsstellen der kreisfreien Städte und Gemeinden 54 weitere Stellen für Schulpsychologen.

Zum Zweck der Bewältigung der Herausforderungen der Digitalisierung sollen die Medienkoordinatoren in den Schulen weiter qualifiziert werden.

Auf das Projekt der Talentschulen wird die Kollegin gleich näher eingehen.

Des Weiteren möchten wir das Fortbildungsbudget an den Berufsschulen erhöhen. Hier stärken wir mit weiteren 250 Personen auch die berufliche Bildung.

Außerdem werden wir die Schaffung von 50 weiteren Stellen für den herkunftssprachlichen Unterricht in die Wege leiten.

Ich möchte mit Blick auf die Zukunft noch einen letzten Punkt ansprechen, nämlich die Weiterentwicklung der Stellen bei den offenen Ganztagschulen. Es wird für das nächste Schuljahr weitere 7.500 Plätze geben. Dafür ist ein Plus von insgesamt 37,7 Millionen Euro vorgesehen.

Herr Ott, was Sie sagen, ist nicht richtig. Wir stecken mehr Geld in die Bildung. Das Land wird pro Kopf 14 % mehr finanzieren. Sie aber tun so, als ob wir das nicht machen würden. Wir erhöhen den Fördersatz deutlich stärker, als Sie das in den letzten Jahren getan haben. Außerdem erhöhen wir ihn schon zum 1. Februar und nicht erst zum 1. August.

Ich komme zum Schluss. Der Einzelplan 05 stellt einen weiteren großen Schritt zu besserer Bildung und einen deutlichen Kurswechsel in Sachen Inklusion dar.

Ich möchte meine Rede mit einem Zitat des tschechischen Schriftstellers Pavel Kosorin beenden:

„Wenn das Schiff auf falschem Kurs ist, genügt es nicht, den Kapitän auszuwechseln – man muss den Kurs ändern.“

Die Menschen in NRW haben im letzten Jahr den Kapitän ausgewechselt, und wir werden weiterhin am Kurs arbeiten. – Vielen Dank.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Präsident André Kuper: Vielen Dank, Herr Kollege. – Für die Fraktion der Grünen erteile ich nun unserer Abgeordneten Frau Beer das Wort.

Sigrid Beer (GRÜNE): Sehr geehrter Herr Präsident! Kolleginnen und Kollegen! Meine Damen und Herren! Wir schließen heute in der Tat an die Haushaltsberatungen von gestern an. Insofern erinnere ich mich gerne an den Eiertanz, den Herr Witzel hier in Bezug auf die Frage aufgeführt hat, wann denn nun endlich die A13-Besoldungserhöhung für die Grundschullehrer und die Lehrer der Sekundarstufe I kommt. Darauf gab es leider keine substanzielle Antwort.

Einmal mehr wird man also den Verdacht hegen dürfen, dass die FDP noch viele Gründe finden wird, warum es die Höhergruppierung leider nicht jetzt geben kann.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN – Zuruf von der CDU: Was haben Sie denn in der

vergangenen Legislaturperiode gemacht? Gar nichts!)

Dabei wäre in einem Gesamtkonzept zur Stärkung der Grundschulen jetzt dieses Signal wichtig. Die Schulministerin hat aber offensichtlich nicht die Kraft, das durchzusetzen.

(Zuruf von Ralf Witzel [FDP])

– Jetzt dazwischenzureden, Herr Witzel, macht Ihre Rede von gestern leider nicht ungeschehen. Das ist das Problem.

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD)

Sie wechseln Ihre Position nicht, sondern machen immer weiter. Schon vor der Wahl haben Sie angekündigt, dass Sie 700 Millionen Euro – auch im Bereich Bildung – aus dem Haushalt von Rot-Grün kürzen wollen. Jetzt sind Sie offensichtlich auch derjenige, der mit auf der Bremse steht, was diese wichtige Frage der Höherbesoldung angeht.

Dabei wäre das Gesamtkonzept zur Stärkung der Grundschulen jetzt als Signal wichtig. Ich frage noch einmal: Hat die Schulministerin die Kraft, das durchzusetzen, ja oder nein? Wir fragen uns das ein ums andere Mal.

In diesem Zusammenhang erinnere ich daran, dass wir uns in einer Finanzsituation befinden, in der Sie seit dem Regierungswechsel 6,5 Milliarden Euro mehr zur Verfügung haben. Mit den entsprechenden Investitionen könnten Sie in den Schulen verantwortlich für die Menschen tätig sein, die grundlegend für die Bildungskarrieren sind. Sie könnten das in der Tat finanziell gut stemmen, wenn Sie es wollten.

Ja, Sie haben im Haushalt 2019 mehr getan als im Haushalt 2018. Das war auch dringend notwendig und ist gut. Sie steuern aber nicht sachgerecht und nicht in die richtige Richtung.

Lassen Sie mich das am Beispiel der OGS deutlich machen, Herr Kollege Rock. Mit dem Lachen ist es dann schwierig. In der Bewertung der Schritte, die wir schon unter Rot-Grün unternommen haben ...

(Zuruf von Frank Rock [CDU]: Sieben Jahre!)

– Kommen Sie jetzt nicht wieder mit den sieben Jahren. Denn Sie müssten wissen, dass wir damals nach der Regierungsübernahme in einem ersten Schritt eine Erhöhung um 14 % vorgenommen haben und dann die Dynamisierung eingeführt haben.

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD)

Die Erkenntnis aus all diesen Maßnahmen ist aber doch folgende: In den Kommunen wird Kompensation betrieben. Die Gelder kommen eben nicht überall gleichmäßig an. Die Kommunen sind finanziell auch unterschiedlich ausgestattet.

Das macht die Unterschiede in der Qualität der OGS aus. Ich habe es Ihnen vorgetragen, Sie wollen es aber offensichtlich nicht hören: Man muss in die Strukturen investieren. Deswegen ist es richtig, Personalstellen für Erzieherinnen für die OGS zu schaffen, für multiprofessionelle Fachkräfte. Das ist der Punkt.

Bündeln Sie doch bitte das, was Sie jetzt obendrauf tun – was richtig und gut ist –, und packen es in strukturverbessernde Maßnahmen, dann sind wir auf dem richtigen Weg.

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD)

Außerdem ist es ein Skandal, dass Sie die Sätze allgemein anheben und dadurch die Sätze für die Kinder mit besonderen Bedarfen im Prinzip nicht anheben und somit sogar kürzen.

(Beifall von der SPD)

Damit setzen Sie ein fatales Signal, das zeigt, was Ihnen diese Kinder insgesamt wert sind.

Bleiben wir bei den fatalen Signalen, die Sie setzen. Dass die Gymnasien in der Regel vom zieldifferenten Lernen ausgeschlossen sind, ist ein sträflicher Fehler. Das hat doch jetzt schon Folgen. Viele Gymnasien haben gezeigt, dass sie es können. Die Gymnasien können zieldifferent unterrichten, aber viele wollen es nicht. Das befördern Sie als Ministerin.

(Zuruf von Franziska Müller-Rech [FDP])

Ja, natürlich. Hören Sie doch die O-Töne aus Konferenzen, die sagen: Gut, dass wir das Thema jetzt nicht mehr bearbeiten müssen. Schwierige Kinder wollen wir auch gar nicht in unserer Schule haben – O-Ton aus einer Lehrerkonferenz.

(Zuruf von Franziska Müller-Rech [FDP])

Damit lassen Sie es zu, dass sich Schulen einer Schulform, in die mehr als 40 % der Kinder in Nordrhein-Westfalen gehen, in der Inklusion einen schlanken Fuß machen. Das geht so nicht.

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD – Franziska Müller-Rech [FDP]: Unverschämte Unterstellung!)

– Frau Müller-Rech, Sie haben ja gleich die Gelegenheit, zu reden. Dann erklären Sie mir doch bitte die Konferenzbeschlüsse von Gymnasien auf kommunaler Ebene, die sagen: Wir steigen komplett aus der zieldifferenten Inklusion aus bzw. wir werden nie damit anfangen.

(Franziska Müller-Rech [FDP]: Es geht um die Motivunterstellung!)

Bei allem begrüßenswerten Haushaltsaufwuchs sind Sie aber nicht bereit – das fand ich auch erstaunlich –,

(Zuruf von Ralf Witzel [FDP])

Lehrerstellen im Besetzungsverfahren unbürokratisch einer Kapitalisierung zu öffnen. Dann könnten die Schulen auch in schwierigen Besetzungssituationen sehr schnell schauen, dass sie multiprofessionelle Menschen an die Schule bekommen, die der Schule dann auch guttun.

Nein, Sie haben nur die Sparkasse für den Finanzminister aufgemacht. Das ist genau der Punkt. Es gibt Stellen, aber die werden nicht besetzt. Das fließt dann zurück, und dann können Sie natürlich globale Minderausgaben perfekt daraus bestreiten. Aber das hilft den Schulen nicht. Also müssten wir hier anders agieren. Das tun Sie aber nicht. Das ist eine sträfliche Vernachlässigung, und das halte ich Ihnen vor, Frau Ministerin: Sie wollen die Schulen in dieser schwierigen Situation nicht ernsthaft stärken.

(Beifall von den GRÜNEN)

In der Beantwortung meiner Kleinen Anfragen zur Formel $25 - 3 - 0,5$ zur Inklusion ist deutlich geworden, wie fragil die Zusagen sind: Die Lerngruppengrößen sind letztendlich nicht verbindlich, die Zahl der Förderkinder in den einzelnen Schulen ist unklar, die Personalausstattung ist mit vielen Unwägbarkeiten verbunden. Auch gibt es die in den Inklusionskonzepten konkret geforderte Handreichung noch nicht.

In den Bezirksregierungen jedoch werden die Konzepte schon eingefordert – da schaut der Staatssekretär jetzt etwas erstaunt, es ist aber so –, und die Kinder werden schon zugewiesen. Das ist eine Ungleichzeitigkeit, die so nicht geht, und die nicht förderlich ist. Deswegen ist da viel Unklarheit im Raum.

Sie müssen doch zugestehen, dass der Erhalt der Mini-Förderschulen überproportional viel an Lehrstellen kostet, damit überhaupt ein Bildungsangebot vorgehalten werden kann. Das verstärkt in dieser Gesamtsituation den Mangel an Stellen bei den Schulen im gemeinsamen Lernen noch mehr.

Aber, Frau Ministerin, den Knaller haben Sie sich jetzt mit dem tiefen Eingriff in die Stundentafel zum Thema „Fach Wirtschaft“ geleistet, um Wirtschaft überall in die Poleposition zu bringen. Wir haben überhaupt keinen Dissens, dass wir eine ökonomische Grundbildung brauchen. Aber dafür müssen die Stundentafeln nicht derartig umgekrempelt werden, worauf die Schulen gerade in der jetzigen Situation wirklich noch gewartet haben.

Das Fach „Politik/Wirtschaft“ wird zu einem Fach „Wirtschaft- Politik“. Ich finde, das ist schon ein entsprechendes Zeichen, das Sie hier gesetzt haben. Ich stimme ausdrücklich mit dem Kollegen Ott überein: Wir brauchen mehr politische Bildung, wir brauchen mehr Demokratiebildung in den Schulen. Das brauchen wir in dieser Zeit – und nicht, dass das Fach Wirtschaft überall vor die Klammer gezogen wird.

(Beifall von den GRÜNEN – Vereinzelt Beifall von der SPD)

Jetzt wird es besonders lustig, denn in der gerade erst verschickten APO-SI-Änderung – Ausbildungs- und Prüfungsordnung für die Sek I – stehen all diese Maßnahmen gar nicht. Was sollen denn die Schulen davon halten? Was sollen die Verbände davon halten?

(Ministerin Yvonne Gebauer: Unfassbar!)

Das, was in der Presseerklärung gesagt worden ist, steht gar nicht in dem Entwurf drin. Das finde ich vollkommen untauglich. Auf welcher Grundlage sollen Schulen denn jetzt eigentlich planen, auch für die Stundenpläne?

Das Fach Wirtschaft soll schon zum Schuljahr 2019 eingeführt werden. Da geht es gleich weiter: Die Lehrkräfte sind gar nicht ausreichend vorhanden. Das ist noch so eine Nummer.

(Zuruf von Franziska Müller-Rech [FDP])

Das Fach Wirtschaft steht also nicht im Entwurf. Aber das Fach Informatik steht verbindlich für die Gymnasien in dem Entwurf. Das ist auch wieder toll, weil es die Frage aufwirft, wohin die Lehrkräfte organisiert werden. – Sie werden in Richtung Gymnasium organisiert, das ist ganz deutlich. Gymnasien sollen verpflichtend Informatik machen, Gesamtschulen dürfen es machen, und bei den anderen steht es nicht auf der Stundentafel. Das nenne ich Separation nach Vorgaben der FDP.

(Ralf Witzel [FDP]: Oh!)

In einem anderen, sehr aktuellen Sachverhalt möchte ich von der Ministerin noch heute eine klare Antwort: Ist es richtig, dass die Landesregierung die Grundgesetzänderung zum Art. 104c zur Lockerung des Kooperationsverbots in der Bildung nicht im Bundesrat unterstützen will? Ist das richtig? – Erklären Sie sich bitte hier und heute dazu!

(Beifall von den GRÜNEN)

Das ist für mich ein dicker Hund. Wenn Sie für das Scheitern verantwortlich sind, bedeutet das einen Verlust von über 1 Milliarde Euro für die Schulen und Schulträger.

Ich habe die Position von Wilfried Kretschmann in der Frage, die lange bekannt ist, nie geteilt und kritisiere sie auch heute.

(Zuruf von Ralf Witzel [FDP])

Ich erwarte von der Landesregierung, dass diese Vereinbarung der Großen Koalition, beschlossen mit Grünen und FDP im Bundestag, umgesetzt wird. Das erwarte ich, und nicht, dass Sie sie im Bundesrat blockieren. Ich möchte Tacheles von Ihnen dazu hören, was Sie hier planen.

(Beifall von den GRÜNEN – Vereinzelt Beifall von der SPD)

Ganz zum Schluss zum Thema „digitale Ausstattung“: Das von mir beim Wissenschaftlichen Dienst bestellte Gutachten ist da. Professor Wrase hat es bearbeitet. Ich werde es so schnell wie möglich der Öffentlichkeit zugänglich machen.

Ich nenne Ihnen dazu drei Kernaussagen: Die Schulträger sind in der Ausstattungspflicht. Das Land hat dabei eine Fürsorgepflicht als Dienstherr und muss über die Schulaufsicht und gegebenenfalls über die Kommunalaufsicht dafür Sorge tragen, dass die Ausstattung stimmt. Lehrkräfte, in deren Schulen das nicht der Fall ist, können bei Ihnen – beim Land – Ersatz einklagen.

Das Gutachten sagt klar: Konnexität ist gegeben, ...

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Die Redezeit.

Sigrid Beer (GRÜNE): ... was die Standards der Ausstattung angeht. Auch da sind Sie gefordert, und darüber werden wir hier gemeinsam reden müssen. Wie weit dann eine Kooperation, ein Verwaltungsabkommen mit den Schulträgern, mit den KSVen gelingt, werden wir ebenfalls zum Thema machen. – Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD)

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Frau Kollegin Beer. – Für die FDP-Fraktion spricht Frau Kollegin Müller-Rech.

Franziska Müller-Rech (FDP): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Nachdem Kollegin Beer erschreckend wenig zum Haushalt gesagt hat – ich habe das Gefühl, mehr als die Hälfte der Redezeit ging für andere Themen drauf –, halte ich mich an den Haushalt und spreche jetzt über den Einzelplan 05 für Schule und Bildung – vom Volumen her der größte Einzelplan des Haushalts. Ich freue mich, dass wir 2019 allein 18,8 Milliarden Euro für die schulische Bildung in NRW zur Verfügung stellen – ein Plus von 4,2 %.

(Beifall von der FDP – Vereinzelt Beifall von der CDU)

Toll ist auch: Die Ausgaben im Bildungshaushalt steigen überproportional im Vergleich zum Gesamthaushalt. Damit zeigen wir deutlich, wie beharrlich wir als NRW-Koalition unser Ziel der weltbesten Bildung verfolgen. Ideologiefrei, entschlossen und durchdacht setzen wir Schritt für Schritt das um, was wir uns vorgenommen haben.

Ich möchte einzelne Punkte hervorheben:

Erstens. Ich beginne mit dem Schulversuch „Talent-schule“. Für uns Freie Demokraten ist es nicht hinnehmbar, dass rund 4.500 Schülerinnen und Schüler in NRW die allgemeinbildenden Schulen ohne Abschluss verlassen. Wir wollen nicht tatenlos zuschauen, wie halbe Jahrgänge nicht einmal grundlegende Kompetenzwerte erreichen.

Jüngste OECD-Studien zeigen, dass für Kinder aus ärmeren Familien und Einwandererkinder ein Aufstieg durch Bildung in Deutschland immer noch schwierig ist. Auch der IQB-Bildungstrend war für uns ein erneutes Warnsignal, dass wir die Bildungschancen für alle Kinder – unabhängig von ihrer Herkunft – verbessern müssen.

Kein Land der Welt hat hierfür bislang den goldenen Schlüssel gefunden. Das lässt uns trotzdem nicht verzagen. Um Chancengerechtigkeit zu erreichen, können wir nicht auf ausgetretenen Pfaden weitergehen, sondern wir müssen jetzt neue Wege beschreiten.

Statt wie bisher mit der Gießkanne über das ganze Land Tropfen zu verteilen, stärken wir jetzt 60 Schulen in Stadtteilen mit großen sozialen Herausforderungen und starten dort den Schulversuch „Talent-schule“ zum Schuljahr 2019/2020 mit drei Kernzielen: Erstens Talente dort zu entdecken und zu fördern, wo sie heute oft noch nicht erkannt werden; zweitens die Stigmatisierung einzelner Stadtteile zu durchbrechen, indem gerade dort die besten Lernbedingungen geschaffen werden, und drittens Bildungschancen gerechter und weniger abhängig von der sozialen Herkunft zu gestalten.

Kernpunkt des Schulversuchs ist die wissenschaftliche Evaluation. Wir wollen messen, wie wir in Zeiten knapper Ressourcen jede Lehrkraft und weitere Pädagogen, jeden Schulsozialarbeiter, jede Verwaltungskraft und jeden Euro so effizient einsetzen können, dass sie die größtmögliche Wirkung entfalten. Die Erkenntnisse aus der wissenschaftlichen Evaluation wollen wir so schnell wie möglich auf die restlichen Schulen in NRW ausrollen, um unser ganzes Land gerechter zu machen.

Damit dieser Schulversuch gelingen kann, stellen wir im Haushalt 2019 insgesamt 3,65 Millionen Euro bereit. Von diesem Betrag werden unter anderem 148 zusätzliche Stellen für die teilnehmenden Schulen finanziert.

(Eva-Maria Voigt-Küppers [SPD]: Hoffentlich kriegen die wir auch besetzt!)

Zweiter Punkt: Inklusion. Wir wissen alle, dass die Vorgängerregierung mit ihrer ideologischen Umsetzung der Inklusion bei der letzten Landtagswahl von den Wählerinnen und Wählern die Quittung erhalten hat. Herr Ott, von Ihnen hören wir Kritik, Kritik und sogar auch ein Stück Selbstkritik.

(Marc Herter [SPD]: Wie immer!)

Aber wo ist denn das Inklusionskonzept der SPD? – Wir haben es immer noch nicht gesehen. Darauf warten wir alle. Es wäre schön, wenn mit der Kritik auch mal Lösungsmöglichkeiten vorgestellt würden.

(Jochen Ott [SPD]: Vor Weihnachten muss man sich ein bisschen freuen können!)

Vielleicht ist das mein Weihnachtswunsch an Sie, Herr Ott. Legen Sie doch auch mal ein Konzept vor und nicht immer nur Kritik ohne Lösungsvorschläge!

(Beifall von der FDP – Vereinzelt Beifall von der CDU – Jochen Ott [SPD]: Besser ein schönes Geschenk als ein falsches!)

Wir müssen es jetzt endlich schaffen, dass die Inklusion an den NRW-Schulen von allen Beteiligten nicht mehr als Belastung empfunden, sondern zum Erfolgsmodell wird.

(Jochen Ott [SPD]: Das schaffen Sie gerade nicht!)

Dabei investieren wir verstärkt in eine gelingende Inklusion an den allgemeinen Schulen. Wir werden den Weg, den wir seit der Amtsübernahme eingeschlagen haben, konsequent weitergehen. Natürlich sind wir uns dessen bewusst, dass wir die entstandenen gravierenden Probleme nur schrittweise beheben können.

Bereits mit dem Haushalt 2018 haben wir die Lehrerinnen und Lehrer vor Ort stärker entlastet. Ein erster wichtiger Schritt war die Einrichtung von 330 zusätzlichen Tarifstellen für multiprofessionelle Teams. Im Haushalt 2019 gehen wir diesen Weg weiter und weisen weitere 270 Stellen für multiprofessionelle Teams speziell für die Schulform der Sekundarstufe I aus. Damit stehen insgesamt 600 Tarifstellen für multiprofessionelle Teams zur Verfügung.

Natürlich stärken wir auch die Grundschulen im Bereich der Inklusion. Daher begrüße ich es sehr, dass im Haushalt 2019 weitere 557 Stellen für sozialpädagogische Fachkräfte in der Schuleingangsphase geschaffen werden. Es sind nun insgesamt 1.750 Stellen. Sie ersetzen aber keineswegs die Stellen für grundständig ausgebildete Lehrkräfte, sondern es sind zusätzliche Stellen, mit denen die Arbeit in den Grundschulen unterstützt wird. Durch diese Stärkung der Schuleingangsphase wollen wir erreichen, dass die Grundschullehrerinnen und Grundschullehrer Kinder von Beginn an besser individuell fördern können.

(Beifall von der FDP – Vereinzelt Beifall von der CDU)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, für die Neuausrichtung der Inklusion an allgemeinen Schulen stellen wir insgesamt 9.357 Stellen bereit, netto 692 zusätzliche Stellen im Vergleich zum Haushalt 2018. Wie Sie sehen, lassen wir unseren Worten Taten folgen und

führen die notwendigen Korrekturen im Bereich der Inklusion konsequent fort.

Drittens möchte ich die Schul- und Bildungspauschale ansprechen. Die rot-grüne Vorgängerregierung hatte die Schul- und Bildungspauschale, die das Land NRW an die Kommunen weitergibt, eingefroren. Die NRW-Koalition erhöht nun schon zum zweiten Mal in Folge die Pauschale und sorgt für eine dauerhafte Dynamisierung.

Im Rahmen des Gemeindefinanzierungsgesetzes werden die Mittel von rund 609 Millionen Euro auf 659 Millionen Euro angehoben, und damit werden die öffentlichen Schulträger noch intensiver bei der Sanierung, Modernisierung und Digitalisierung unterstützt.

(Mehrdad Mostofizadeh [GRÜNE]: Wieviel trägt das Land dazu bei?)

Viertens. Das ist mein letztes Schlaglicht: Streichung der kw-Vermerke für 2.704 Stellen, die die rot-grüne Landesregierung als „künftig wegfallend“ markiert hatte. Dazu gehören unter anderem 211 Stellen für die offene Ganztagschule – Sie haben das Thema selber angesprochen –, 88 Stellen für kommunale Integrationszentren oder zum Beispiel auch 40 Stellen für Fachberatung und für Integration in der Schulaufsicht. Diese Stellen würden uns schmerzlich fehlen, wenn wir den rot-grünen Festlegungen weiter gefolgt wären.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Ich bin sehr froh, dass wir einen anderen Weg eingeschlagen haben.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, die schwarz-gelbe Landesregierung hat sich hohe Ziele gesetzt. Wir werden diese Ziele in den kommenden Jahren erfüllen. Dieser Haushaltsplan investiert in unsere Schulen und in weltbeste Bildung. Gleichzeitig erreichen wir die schwarze Null und zeigen damit Verantwortung gegenüber nachfolgenden Generationen, zum Beispiel den Schülerinnen und Schülern.

Ich bedanke mich ganz herzlich bei Ministerin Gebauer und allen anderen, die an diesem Haushaltsentwurf gearbeitet haben. Wir gehen zusammen weiter den richtigen Weg. – Herzlichen Dank.

(Beifall von der FDP und der CDU – Jochen Ott [SPD]: Vorwärts immer, rückwärts nimmer! So hörte sich das gerade an!)

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Frau Kollegin Müller-Rech. – Für die AfD-Fraktion spricht Herr Kollege Seifen.

Helmut Seifen (AfD): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! In den ver-

gangenen 20 Jahren haben die Politiker der Altparteien die Schule als großes Experimentierfeld betrachtet, auf dem man seine eigenen Ideen einfach einmal ausprobieren kann, ungeachtet der Tatsache, dass unser Land bereits über ein durchdachtes schulpolitisches System als Erbe einer langen Tradition verfügt.

Damit haben sich eigentlich alle Schulpolitiker der letzten 20 Jahre an den ihnen anvertrauten Kindern und Jugendlichen versündigt. Ja, CDU und FDP haben sich bis in die späten 90er-Jahre heftig gegen die Verfechter der romantisch-utopischen Gleichheitsideen marxistischer Provenienz gewehrt,

(Arndt Klocke [GRÜNE]: Wer schreibt Ihnen das eigentlich auf? – Mehrdad Mostofizadeh [GRÜNE]: Legen Sie doch mal den Zettel weg!)

doch sie haben sich von Rot-Grün den Schneid abkaufen lassen. Dem linksgrünen Diffamierungsdauerfeuer gegenüber dem mehrgliedrigen Schulsystem als selektiv und sozial ungerecht – das haben Sie doch dauernd gepredigt, das können Sie doch nicht abstreiten – konnten sie nicht mehr standhalten, haben die Waffen gestreckt

(Jochen Ott [SPD]: Ersetzen Sie Rot-Grün durch Bolschewisten, dann haben Sie die Rede der 20er-Jahre! Sie sollten sich schämen!)

und sich mit dem Deckmäntelchen des Schulkonsenses einhüllend von der Debattenbühne geschlichen.

(Jochen Ott [SPD]: Sie sollten sich schämen!)

– Herr Ott, dass Sie hier herumbrüllen, nachdem Sie so eine Katastrophe in den Schulen hinterlassen haben! Sie sollten sich schämen. Sie sollten hier überhaupt nicht mehr auftreten.

(Beifall von der AfD – Zuruf von Jochen Ott [SPD])

Jetzt stehen Sie vor einem Scherbenhaufen, einem Scherbenhaufen nie dagewesenen Ausmaßes. Und das Zerstörungswerk muss jetzt beseitigt werden.

Wenn man sich die Ergebnisse des Bildungsmonitors anschaut, kann man nur Mitleid mit den Schülerinnen und Schülern haben und Zorn gegenüber denjenigen empfinden, die ohne Rücksicht auf das Wohl ihrer Kinder ihre lächerlich infantilen Ideen umgesetzt haben:

Längeres gemeinsames Lernen, zieldifferentes inklusives Unterrichten, falsche Unterrichtsmethoden in allen Jahrgangsstufen, insbesondere in der Grundschule – ich will nur sagen: Schreiben nach Gehör ist die besonders bekannte Fehlmethode –, offener und subtiler Druck auf die Lehrerinnen und Lehrer bei der Notengebung, Schüren falscher Hoffnungen bei Eltern und Kindern bezüglich deren Schulkarrieren,

Diskriminierung der Hauptschulen und Propagieren des gymnasialen Schulweges, Leistungsnivellierung in allen Schultypen – nur ein Beispiel: Abschaffen des Fehlerquotienten bei der Bewertung von Englisch-Klausuren –, wesentliche Verschlechterung der Lehrerausbildung, der Ausflug von Schwarz-Gelb in die angloamerikanische Bildungswelt, G9 nur als ein Beispiel.

All das und noch einiges mehr hat die Vorzüge des tradierten deutschen Bildungssystems schwer beschädigt. Die Ergebnisse kann man jetzt überall beobachten – in anderthalb Jahren schwarz-gelber Regierung bekam man das auch nicht weg –: zahlreiche Schüler, die nicht richtig lesen und schreiben können – davon, dass sie Texte sinnentnehmend erfassen können, will ich gar nicht reden –,

(Mehrdad Mostofizadeh [GRÜNE]: Alle aussortieren! Weg mit denen!)

große Mängel im mathematischen Bereich bei den Absolventen aller Schultypen, deshalb großer Mangel an Fachkräften in Industrie und Handwerk, dafür aber eine Überfüllung der Universitäten und bedauerlicherweise eine hohe Zahl von Studienabbrechern, denen auch nicht mehr die Vorkurse in Mathematik helfen, die mittlerweile an fast jeder Universität und Fachhochschule eingerichtet werden müssen, Überbeanspruchung von Lehrerinnen und Lehrern in einem nie gekannten Ausmaß; sie sollen in hyperheterogenen Lerngruppen unterrichten, in denen ein Unterrichten kaum mehr möglich ist.

Dass wir immer noch eine Reihe von hervorragenden Schülerinnen und Schülern aus der Schule in die Ausbildung oder an die Universitäten schicken, ist einzig und allein dem persönlichen Einsatz der Jugendlichen, ihrer Eltern und insbesondere ihrer Lehrerinnen und Lehrer zu verdanken.

(Beifall von der AfD)

Aber zum großen Teil führt dieser persönliche Einsatz eben nicht mehr zum Erfolg, und es macht sich leider, leider Gottes immer mehr Frustration breit. So ist es nicht verwunderlich, dass viele junge Menschen nicht mehr den Beruf des Lehrers ergreifen wollen. Deswegen wenden Sie, sehr geehrte Ministerin, im letzten und im jetzigen Haushaltsjahr 3 Millionen Euro für eine Werbekampagne auf.

So weit, so gut – einmal unabhängig davon, dass keine Werbekampagne den Lehrernachwuchs erhöht, wenn das Image des Berufes nicht passt. Aber was da an Werbung produziert worden ist, schlägt dem Fass den Boden aus. Das Ausmaß an Infantilität ist erschreckend. Schauen Sie sich das einmal an.

(Franziska Müller-Rech [FDP]: Sie haben es nicht verstanden!)

Bitte schön: Großraumbüro mit Klasse – kriegste. Die Antwort auf alle Fragen – biste immer. Ständig neue

Follower – kriegste locker. Vom Lehrerliebling zum Lieblingslehrer – läuft bei dir. – Die Frau Ministerin posiert neben einem Bild: Job mit Pultstatus – gönne es dir.

(Zurufe von Franziska Müller-Rech [FDP])

Ich muss ehrlich sagen, Frau Ministerin, das mag ja vielleicht ganz lustig sein. Erschreckend ist jedoch – Frau Müller-Rech, jetzt regen Sie sich doch mal ab –, welches Bild vom Lehrer die Werbegestalter offenbar haben. Aber erschreckend ist auch, dass niemand in Ihrem Ministerium erkannt hat, welche Herabwürdigung des Lehrerberufs in dieser Werbung steckt. Und vor allem: Welches einfältige Bild hat man eigentlich von Jugendlichen, die diesen wichtigen und verantwortungsvollen Beruf einmal ergreifen wollen? So können Sie für das Dschungelcamp werben, aber doch nicht für den Lehrerberuf!

(Beifall von der AfD)

Das ist wirklich lächerlich und infantil. Das empfinde nicht nur ich so. Ich habe mich natürlich bei meinen Kollegen erkundigt. Die sind mittlerweile nichts Besseres gewohnt. Die winken nur ab und werfen es in den Papierkorb. Aber eigentlich regen sie sich darüber auf, dass man mit ihnen so umgeht und das man glaubt, irgendwelche – ich hätte jetzt fast ein unparlamentarisches Wort gesagt – Menschen, die nicht mehr ganz bei Verstand sind, würden jetzt Lehrer werden, weil Sie das jetzt so wollen. Ich bitte Sie wirklich!

Das empfinde ich nicht nur ich so, sondern alle anderen auch. Das ist übrigens ein wichtiger Bestandteil der Schulmisere, die wir in diesem Land haben, dass Rot-Grün den Lehrern immer mehr Eigenständigkeit genommen und sie zu Erfüllungsgehilfen ihrer Nivellierungsstrategie gemacht hat.

Sie haben sich noch immer nicht davon gelöst. Sie steuern zwar in der Bildungspolitik um; das begrüße ich sehr. Auch im Schulausschuss reden wir darüber. Aber Sie machen es halbherzig und immer in gebückter Haltung vor Rot-Grün.

So findet man bei Ihnen auch eine Reihe von Haushaltstiteln, welche Zeugnis davon geben, dass Sie das Gemeinsame Lernen auch weiterhin mit erheblichen Mitteln unterstützen. Frau Beer, Sie irren gewaltig. Sie plärren immer die gleiche Melodie, aber es ist einfach falsch. Es gibt entsprechende Studien, die das belegen. Lesen Sie zwischendurch auch einmal die „FAZ“ und nicht immer nur die „TAZ“.

Wenn Sie mal einen Artikel von Heike Schmoll lesen, werden Sie feststellen, dass Studien dazu veröffentlicht werden, in denen klar und deutlich gesagt wird, dass das Gemeinsame Lernen in hyperheterogenen Klassen nicht gelingen kann. Gerade Kinder aus prekären Verhältnissen brauchen das lehrerangeleitete Lernen in Klassen, in denen sie folgen können. Das ist Fakt; das lässt sich nachweisen, und das werden

wir auch im Rahmen des Antrags einbringen und im Ausschuss diskutieren.

(Beifall von der AfD)

13 Millionen Euro geben Sie für das Institut QUA-LiS aus, ein Institut, das völlig überdimensioniert ist und vor allem die rot-grüne Schulvorstellung weiter verfolgt und in die Schulen trägt. Dazu gehört auch die Qualitätsanalyse, von der Sie noch immer glauben, sie könne die Qualität von Unterricht und Erziehung messen. Ich bitte Sie, sehr geehrte Frau Ministerin, wenn das Verfahren der QA wirklich so effizient wäre, hätten wir doch längst nicht diesen eklatanten Bildungsabbau. Dann müssten die Schulen doch eigentlich glänzen.

Die QA prüft eben nicht allein die Qualität der schulischen Arbeit – das macht sie natürlich auch; das sei hier zugestanden –, sondern sie implementiert Kriterien von Unterricht, die im Referenzrahmen Schulqualität vorgegeben sind, dessen Kernforderung die Ausrichtung von Lehr- und Lernprozessen auf selbstständiges und selbstreguliertes Lernen ist, der sich alles andere unterzuordnen hat.

Genau dieses übertriebene selbstregulierte Lernen trägt als Ursache zu dem Bildungsabbau bei, denn beim selbstregulierten Lernen verlieren vor allem diejenigen Schülerinnen und Schüler, welche nicht so gut organisiert und diszipliniert sind. Das sind vor allem die Kinder aus Familien, in denen diese Eigenschaften nicht vermittelt werden.

Das versuchen Sie jetzt durch Talentschulen aufzufangen. Es sollen 60 Talentschulen in Stadtteilen mit besonderen sozialen Herausforderungen entstehen. Ich sage Ihnen: Das ist der falsche Weg, denn es führt zur Segregation und zur Stigmatisierung bestimmter Schulen. So dumm sind die Leute nicht. Sie nennen sie Talentschulen, aber Sie wissen genau, dass sie eigentlich Brennpunktschulen heißen müssten. Das macht keiner mit. Die Schulleiter der Berufskollegs in Essen haben Ihnen schon abgesagt. Sie wollen nicht für ein Experiment zur Verfügung stehen, von dem sie genau wissen, dass es zu nichts führt.

(Beifall von der AfD)

Sehr geehrte Frau Ministerin, Ihr Haushalt zeigt, dass Sie nur an den Symptomen der Schul- und Bildungsmisere herumdoktern. Das führt zum Teil zu Verbesserungen; das will ich hier gerne zugestehen. Ich bin Ihnen sehr dankbar, dass Sie bemüht sind, Förderschulen zu erhalten, weil es den Kindern nützt, die einen besonderen Förderbedarf haben. Aber es ist insgesamt zu wenig. Sie müssen sich noch besser und noch intensiver um die Schulen kümmern und noch stärker in die Methodik des Unterrichtens eingreifen.

Lassen Sie mich noch ein Letztes sagen: Dass Sie den Geschichtsunterricht in G9 in der Sekundarstufe I trotzdem nur mit sieben Stunden angesetzt haben statt mit acht Stunden, halte ich vor dem Hintergrund der jetzigen Situation in diesem Land, ...

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Die Redezeit.

Helmut Seifen (AfD): ... in dem sich die Demokraten gegen die Beschneidung von Meinungsfreiheit wehren müssen, für ganz falsch.

(Zuruf von der SPD: Die Redezeit! – Marlies Stotz [SPD]: Mein Gott! Unfasslich!)

Sie bräuchten nicht nur acht Stunden, sondern sie bräuchten von der sechsten bis zur zehnten Klasse durchgehend zehn Stunden Geschichtsunterricht. Damit würden Sie etwas für dieses Land tun. – Vielen Dank.

(Beifall von der AfD)

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Nach Herrn Seifen, der gerade für die AfD gesprochen hat, spricht jetzt für die Landesregierung Frau Ministerin Gebauer.

Yvonne Gebauer, Ministerin für Schule und Bildung: Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Herr Seifen, schade, schade, dass Sie weder unsere zweite noch unsere dritte Welle der Kampagne kennen. Von einem Lehrer und schulpolitischen Sprecher der AfD-Fraktion hätte ich mehr erwartet.

(Beifall von der FDP – Zuruf von Arndt Klocke [GRÜNE])

Frau Beer, Sie zitieren den O-Ton eines Gymnasiums und behaupten, das sei die Meinung der Gymnasien. Das ist unredlich, Frau Beer. Es entspricht weder den Tatsachen und

(Beifall von der CDU und der FDP)

dem Willen, noch dem Handeln der Gymnasien hier in Nordrhein-Westfalen, die sehr wohl inklusiv unterrichten wollen – allerdings mit den ausreichenden Ressourcen, die Sie ihnen in den vergangenen Jahren verwehrt haben! Das ist Fakt.

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Frau Ministerin, ...

Yvonne Gebauer, Ministerin für Schule und Bildung: Nein, ich möchte meine Rede zu Ende bringen.

Lassen Sie mich vorweg ein paar Fakten nennen: Insgesamt beträgt die Summe des Einzelplans 05,

über den wir heute sprechen, 18,76 Milliarden Euro. Das sind noch einmal 755 Millionen Euro mehr als im vergangenen Jahr, also eine Steigerung um 4,2 %. Im Vergleich zum letzten Haushalt der Vorgängerregierung liegen wir sogar um 984 Millionen Euro höher.

Für uns hat die Bildung unserer Kinder oberste Priorität. Das ist keine leere Floskel. Das ist für die Landesregierung und für mich als Ministerin für Schule und Bildung die tägliche Herausforderung, der wir uns im Rahmen der Maßnahmen stellen, die wir bis dato auf den Weg gebracht haben, aber natürlich auch den folgenden Maßnahmen, die wir gerade in unserem Haus erarbeiten und noch auf den Weg bringen werden.

Wir unterstützen unsere Schulen durch mehr schulpsychologische Stellen. Wir unterstützen sie durch mehr Stellen gegen Gewalt und für Demokratiebildung. Wir stärken die beruflichen Schulen und weiten die Mittel für Fortbildung und Digitalisierung deutlich aus.

Wir erhalten, wie versprochen, weitere 2.724 Stellen für unsere Lehrerinnen und Lehrer, die von der Vorgängerregierung gestrichen werden sollten. Zur Umsetzung unserer bildungspolitischen Ziele schaffen wir zusätzlich 949 Stellen im Schulbereich. Wir stärken die Grundschulen und verbessern die Rahmenbedingungen für die Inklusion.

Vor dem Hintergrund des aktuellen Lehrermarktes sind diese Anliegen für uns alle große Herausforderungen. Gerade deshalb sind wir auch schon mit dem Haushalt 2018 neue Wege gegangen. Wir haben verstärkt Stellen für andere Professionen eingerichtet. Diesen Weg werden wir gehen, solange es notwendig ist, weil für uns natürlich der grundständig ausgebildete Lehrer, die grundständig ausgebildete Lehrerin an erster Stelle stehen.

Die Zahl der Stellen für sozialpädagogische Fachkräfte an Grundschulen wird mit diesem Haushalt um weitere 557 Stellen erhöht. Hier, Herr Ott, nehme ich Bezug auf das, was Sie ausgeführt haben, nämlich den Sozialindex.

Der letzte Haushalt unter Rot-Grün hatte 1.250 Stellen, die nach Sozialindex verteilt worden sind. Wir haben bereits jetzt weitere 1.750 Stellen im Haushalt, die über Sozialindex verteilt werden. Das sind insgesamt 3.000 Stellen. Ich würde daher schon sagen, dass wir den Weg weiter konsequent gegangen sind. Wir haben die Zahl, die Sie vorher im Haushalt stehen hatten, mehr als verdoppelt.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Für die Inklusion geben wir weitere 270 Stellen für sogenannte multiprofessionelle Teams an die Schulen der Sekundarstufe I. Die Landesregierung investiert mit Hochdruck in die schulische Inklusion und

stellt hierfür weitere Ressourcen bereit. Im Endausbau zum Schuljahr 2024/2025 werden gegenüber der Vorgängerregierung mindestens 6.000 zusätzliche Stellen für die Inklusion im Bereich der Sekundarstufe I geschaffen.

Damit schaffen wir eine stabile haushaltsrechtliche Grundlage zur Verbesserung der schulischen Inklusion – eine Unterstützung, die Sie den Schulen bis zum Regierungswechsel nicht haben zukommen lassen.

Wir beleben die Schulverwaltungsassistenz. Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen hat hierzu Änderungsanträge vorgelegt. Sie wollen 300 Stellen schaffen. Ich finde es sehr interessant, dass diese Anträge jetzt von Ihnen kommen; denn unter Ihrer Regierungsverantwortung durften noch nicht einmal frei gewordene Stellen neu besetzt werden. Ich kann mich in diesem Zusammenhang an viele Diskussionen erinnern. An einen Ausbau war unter Ihrer Regierungsverantwortung allerdings gar nicht zu denken.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Sie haben die Schulverwaltungsassistenz zum damaligen Zeitpunkt auf das Abstellgleis geschoben. Sie wollten die wichtige Entlastung, die von den Schulen gewünscht und gefordert wird, schrittweise austrocknen. Ich bin wirklich erstaunt, dass Sie heute mit dieser Forderung kommen.

Beste Bildung können wir nur ermöglichen, wenn wir die Personalversorgung unserer Schulen sicherstellen. Ich kann es hier und jetzt der Opposition nicht ersparen: Dass unsere Schulen gegenwärtig und auch in den folgenden Jahren vor einer sehr, sehr schwierigen Situation stehen, ist ursächlich den Versäumnissen der Vorgängerregierung geschuldet. Wer jahrelang ohne belastbare Fakten im statistischen Blindflug unterwegs ist, der bildet auch an den tatsächlichen Bedarfen unserer Schulen in Nordrhein-Westfalen vorbei. Das ist das Erbe, mit dem ich als Bildungsministerin und wir als Landesregierung und umzugehen haben.

Deswegen haben wir bereits die Zahl der Studienplätze für das Grundschullehramt um 339 und für die sonderpädagogische Förderung um 250 Plätze erhöht. Wir haben inzwischen auch das zweite umfangreiche Maßnahmenpaket zur besseren Lehrerversorgung auf den Weg gebracht.

Exemplarisch möchte ich eine Maßnahme aus dem Einzelplan nennen, die einen wichtigen Beitrag zur spürbaren Verbesserung der Lehrerversorgung leisten soll und auch leisten wird: Ab dem Schuljahr 2019/2020 werden wir zusätzliche Stellen für Oberstufenlehrkräfte an Gesamtschulen schaffen. In Summe sind das rund 650 Sek-II-Stellen mehr als zuvor. Die Kosten dafür belaufen sich auf 4,2 Millionen Euro. So stärken wir die Personalausstattung an

den Gesamtschulen und bieten gleichzeitig vielen Oberstufenlehrkräften neue Einstellungsmöglichkeiten.

Lassen Sie mich noch kurz auf die OGS eingehen. Die Zahl der OGS-Plätze steigt zum Schuljahr 2019/2020 um weitere 7.500 Plätze auf dann 323.100. Mit dem Haushalt 2019 stelle ich vor allem die Qualität in der OGS in den Mittelpunkt. Wir haben die Erhöhung der Fördersätze um 3 % auf den 1. Februar 2019 vorgezogen und die einfachen Fördersätze um weitere 11 % erhöht.

Mit der dringend notwendigen Steigerung der einfachen Fördersätze um diese 11% erreichen wir dann auch eine spürbare qualitative Verbesserung in der Fläche. Fast 85 % der Plätze in der offenen Ganztagschule haben jetzt diesen Fördersatz. Damit können wir in unserem zweiten Haushalt bereits weitere 37,7 Millionen Euro zur Steigerung der Qualität in der OGS verankern – ein enorm wichtiger und guter Schritt in die richtige Richtung.

Meine Damen und Herren, mit dem Haushaltsentwurf 2019 festigen wir den Grundstein für beste Bildung für unsere Schülerinnen und Schüler. Jetzt bleibt mir nur zu sagen: Danke für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Frau Ministerin. – Sie haben es gesehen. Es ist eine Kurzintervention von Frau Kollegin Beer angemeldet. Wenn sich Frau Kollegin Beer noch einmal eindrückt, kann ich ihr das Mikrofon freigeben. – Das Mikrofon ist frei, Frau Kollegin Beer.

Sigrid Beer (GRÜNE): Ganz herzlichen Dank. – Frau Ministerin, sind Ihnen die Beschlüsse von Gymnasien auf der kommunalen Ebene wirklich nicht bekannt, die es grundsätzlich ablehnen, zieldifferent zu unterrichten? – Dabei geht es nicht um die Frage der Ressourcen.

Sind Ihnen die Ausstiegsbeschlüsse, die zurzeit gefasst werden, auch nicht bekannt? – Ich wäre froh, wenn es lediglich ein O-Ton wäre. Ich kann Ihnen aber versichern, dass es im Sinne dieser Aussage leider mehrere Diskussionen sind.

Frau Ministerin, Sie haben uns – dem Haus – keine Antwort auf die Frage gegeben, wie sich die Landesregierung im Bundesrat zu der Grundgesetzänderung hinsichtlich der Lockerung des Kooperationsverbotes verhalten wird. Ich finde, da sind Sie uns hier und jetzt eine Antwort schuldig.

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD)

Yvonne Gebauer, Ministerin für Schule und Bildung: Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Zunächst einmal zu den Gymnasien: Ich war bei der Westfälischen Direktorenkonferenz, und mein Staatssekretär war bei der Rheinischen Direktorenkonferenz. Wir haben uns dort den Fragen und Antworten gestellt.

Mitnichten war es der Fall, dass dort die Schulleitungen aufgestanden wären und gemeinschaftlich, so wie Sie das sagen, zum Ausdruck gebracht hätten, dass sie sich gegen die schulische Inklusion wenden. Sie sagen vielmehr: Wir machen das, allerdings mit den entsprechenden Ressourcen.

Wenn Sie sich die Zahlen mal daraufhin anschauen, wie viele Kinder bereits an Gymnasien inklusiv beschult werden und wie viele Schulleitungen mir gegenüber versichern, dass sie diesen Weg weitergehen möchten, wenn sie die entsprechenden Ressourcen erhalten, würden Sie staunen.

Frau Beer, wenn ich mich recht entsinne, ist das Thema dieses Tagesordnungspunktes der Haushalt, nämlich Einzelplan 05.

(Arndt Klocke [GRÜNE]: Aber wir dürfen alles fragen!)

– Fragen dürfen Sie. Ich antworte Ihnen auch gerne. Ich wollte Sie nur daran erinnern, dass wir beim Haushalt sind und nicht bei der Grundgesetzänderung.

(Beifall von der CDU und der FDP – Monika Düker [GRÜNE]: Das hat doch mit viel Geld zu tun!)

– Das hat mit Geld zu tun, aber nicht für den kommenden Haushalt.

(Weitere Zurufe von den GRÜNEN)

– Meine Damen und Herren, Sie müssen mich schon ausreden lassen. Wenn Sie an mich eine Frage stellen, dann muss ich dazu auch reden dürfen!

(Beifall von der CDU und der FDP)

Für den Bundesrat – das wissen Sie auch – liegen noch keinerlei Beschlussvorlagen vor, über die wir uns hier und heute in irgendeiner Form austauschen könnten. Ich kann Ihnen versichern, dass Nordrhein-Westfalen seinen Beitrag dazu leisten wird, den Digitalpakt zum Gelingen zu bringen.

Aber ich sage Ihnen auch: Wenn es um eine auskömmliche Finanzierung unserer Bildungsausgaben und in diesem Zusammenhang darum geht, die Digitalisierung im Rahmen der Grundgesetzänderung zu verhindern, dann steht an der Speerspitze Wilfried Kretschmann, Ihr grüner Parteikollege.

(Beifall von der CDU und der FDP – Zurufe von den GRÜNEN)

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Frau Ministerin. – Für die FDP-Fraktion spricht jetzt Frau Kollegin Hannen.

(Weitere Zurufe von den GRÜNEN – Gegenrufe von der CDU – Unruhe – Glocke)

– Liebe Kolleginnen und Kollegen, jetzt hat Frau Kollegin Hannen von der FDP-Fraktion das Wort.

Martina Hannen (FDP): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Im vergangenen Jahr habe ich in meiner Haushaltsrede – es ging um die berufliche Bildung – von dringend notwendigen Kurskorrekturen gesprochen, die wir in 2018 für die Berufskollegs und die berufliche Bildung vorgenommen hatten. Mit Blick auf den Haushalt 2019 können wir festhalten, dass sich diese Kurskorrekturen zu echten Trendwenden weiterentwickelt haben.

Die NRW-Koalition geht ihren Weg konsequent weiter, heilt Fehler der Vorgängerregierung und setzt neue wichtige Akzente. Wir begrüßen natürlich sehr, dass sich bei diesem Prozess des Heilens Herr Ott und die SPD gerne mit uns auf den Weg machen, indem sie ihre Zusammenarbeit angeboten haben. Das werden wir selbstverständlich gerne hier und da aufgreifen.

Wie bereits 2018, schaffen wir auch 2019 neue Lehrstellen und setzen damit die Rückabwicklung der sogenannten Präventionsrendite fort. Mit erneut 200 zusätzlichen Stellen in diesem Jahr haben wir in zwei Jahren insgesamt 450 neue Stellen geschaffen und die Rahmenbedingungen dadurch verbessert.

(Beifall von der FDP – Vereinzelt Beifall von der CDU)

Diese Stellen werden dringend benötigt und tragen dazu bei, ein flächendeckendes Angebot und eine hohe Qualität in der beruflichen Bildung zu sichern.

Die NRW-Koalition steht aber auch für eine nachhaltige und konsistente Politik. Auf der einen Seite neue Stellen zu schaffen, diese dann auf der anderen Seite durch kw-Vermerke auslaufen zu lassen, wäre wenig durchdacht. Deshalb werden wir im Bereich der beruflichen Bildung 300 kw-Vermerke für die Berufskollegs zurücknehmen und die Lehrerstellen im Haushalt erhalten.

(Beifall von der FDP)

Damit haben wir seit Übernahme der Regierungsverantwortung 750 Stellen neu geschaffen bzw. im System gehalten.

Die Qualität, insbesondere die der beruflichen Bildung, hängt aber nicht allein von Stellen im Haushalt ab. Vielmehr sind es die Köpfe hinter den Stellen, die für den Erfolg der Berufskollegs entscheidend sind.

Gerade in der beruflichen Bildung ist es zwingend erforderlich, dass die Lehrerinnen und Lehrer Zugang zu notwendigen Fortbildungen haben und ausreichend Finanzmittel zur Verfügung stehen. Die NRW-Koalition erhöht daher das Fortbildungsbudget der Berufskollegs um 33 %.

Besonders freut es mich, dass wir die Trendwende auch in der Wahrnehmung dieser Schulform erreicht haben. Unsere Berufskollegs und die vielen Lehrerinnen und Lehrer werden in der Bildung wieder mitgedacht. An dieser Stelle möchte ich noch sagen: Frau Beer, mein Kompliment – Sie haben es geschafft, zehn Minuten zu sprechen und die Berufskollegs nicht ein einziges Mal zu erwähnen. Das ist genau das, was Sie jahrelang gemacht haben:

(Beifall von der FDP und der CDU)

Sie haben die Berufskollegs noch nicht einmal erwähnt. Schön, dass wir sie jetzt endlich wieder wahrnehmen.

(Dietmar Brockes [FDP]: Das war sieben Jahre so!)

Das zeigt sich zum Beispiel deutlich daran, dass wir im Bereich der Talentschulen 25 % dieser Schulversuche an die Berufskollegs geben werden.

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Frau Kollegin Hannen, Entschuldigung, dass ich Sie unterbreche. Frau Kollegin Beer würde Ihnen gerne eine Zwischenfrage stellen.

Martina Hannen (FDP): Aber selbstverständlich, gerne.

Sigrid Beer (GRÜNE): Danke schön, Frau Kollegin. Weil wir fachlich eigentlich im konstruktiven Austausch sind, verstehe ich Ihre Einlassung nicht ganz. Haben Sie nicht zur Kenntnis genommen, dass das, was Sie jetzt als Schulversuch aufsetzen wollen – Berufskolleg, Regionales Berufsbildungszentrum –, von Rot-Grün maßgeblich ins Leben gerufen worden ist, und dass Sie da etwas fortsetzen, was wir angefangen haben? Ich verstehe Ihre Einlassung nicht. Haben Sie das nicht zur Kenntnis genommen?

Martina Hannen (FDP): Frau Kollegin Beer, ich möchte das zweiteilen. Erstens habe ich zur Kenntnis genommen, dass Sie in den zehn Minuten nicht ein einziges Mal das Wort „Berufskolleg“ benutzt haben. Zweitens habe ich in der Vorbereitung auf unsere Anträge sehr wohl zur Kenntnis genommen, wie wenige Anträge unter der grünen Schulministerin zum Thema „Berufskollegs“ in der letzten Legislaturperiode gekommen sind. Das muss man auch mal sagen.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Also, erzählen Sie mir nichts von Anträgen. – Vielen herzlichen Dank.

(Beifall von der FDP und der CDU – Zuruf von der SPD: Das ist keine Antwort auf die Frage!)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, auch im zweiten Haushalt der NRW-Koalition wird deutlich, dass die Berufskollegs und die berufliche Bildung einen hohen Stellenwert genießen. Damit setzen wir den begonnenen Kurswechsel fort. Und in den kommenden Jahren werden wir diese ...

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Frau Kollegin, es tut mir leid. Ich unterbreche Sie ungern ein zweites Mal, aber Frau Kollegin Beer möchte eine weitere Zwischenfrage stellen.

(Zurufe von der CDU und der FDP)

Martina Hannen (FDP): Selbstverständlich gerne.

Sigrid Beer (GRÜNE): Danke schön. Ich kann mich jeder Kritik stellen, Frau Kollegin, nur haben wir gemeinsam mit den Fraktionen – da waren Sie im Übrigen als Fraktion mitbeteiligt – das Schulrechtsänderungsgesetz zum Thema „Berufskollegs“ und die APO-BK in der rot-grünen Regierungszeit bearbeitet. Also, was erzählen Sie uns eigentlich hier an Legenden?

(Zurufe von der FDP)

Martina Hannen (FDP): Ich erzähle keine Legenden. Im Moment habe ich mich erst einmal an Fakten festgehalten, und an denen kommen wir nicht vorbei.

(Beifall von der FDP – Unruhe – Glocke)

Werden wir wieder sachlich!

(Beifall von der FDP)

In den kommenden Jahren werden wir diese benannten Trendwenden weiter verstetigen und zu einem echten Wandel entwickeln.

Der Haushalt 2019 ist ein weiterer wichtiger Schritt in die richtige Richtung, und er zeigt deutlich – und das ist wichtig – die hohe Wertschätzung der NRW-Koalition gegenüber den Menschen im Bereich der beruflichen Bildung. – Ganz herzlichen Dank.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Frau Kollegin Hannen. – Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. – Das bleibt auch so. Dann kann ich an dieser Stelle die Aussprache schließen.

Wir kommen aber noch nicht zur Abstimmung; denn Herr Kollege **Ott** hat sich gemäß § 30 unserer **Geschäftsordnung** zu einer **persönlichen Bemerkung** gemeldet. Die Gelegenheit dazu hat er jetzt.

Da nicht jeder die Geschäftsordnung vor Augen hat, will ich es noch einmal erklären: Die Gelegenheit zur persönlichen Bemerkung besteht nach Schluss der Aussprache, aber vor der Abstimmung. Die Rednerin/der Redner darf nicht zur Sache sprechen, sondern nur Äußerungen, die in der Aussprache gegen sie bzw. gegen ihn gerichtet wurden, zurückweisen oder erkennbar gewordene Missverständnisse ihrer bzw. seiner früheren Ausführungen richtigstellen. Die Redezeit ist auf drei Minuten begrenzt.

Herr Kollege Ott, bitte schön.

Jochen Ott (SPD): Frau Präsidentin, herzlichen Dank! Der Vertreter der AfD hat soeben in der Debatte gesagt – ich zitiere –: Ihnen müsste man verbieten, hier aufzutreten.

Ich streite mich leidenschaftlich gerne, auch mit den Vertretern der demokratischen Parteien. Das gehört zum demokratischen Wettstreit dazu. Die Reden der AfD in den letzten vier Stunden spiegeln allerdings ein Muster wider, das wir all die Monate immer wieder hören: In fast allen Reden sind die Migranten schuld. – Vor 80 Jahren wurden in den Debatten andere Gruppen benannt, die an allem schuld waren.

Dann wird immer wieder davon gesprochen, Rot-Grün hätte die Gesellschaft ins Chaos gestürzt; so gerade wieder in der Debatte zur Schule geschehen. – Damals waren es die bolschewistischen Umtriebe, die immer wieder in diesem Zusammenhang erwähnt worden sind.

Außerdem wurden CDU, FDP, SPD und Grüne ständig als etablierte Altparteien diffamiert. – Damals waren es die Systemparteien.

Viele Mitglieder des Zentrums, der Liberalen, der Sozialdemokraten und der Kommunisten wurden gedemütigt, gefoltert und geschlagen, manche getötet. Mich widern deshalb solche Reden oder auch nur die Anleihen an ihren historischen Pendanten extrem an. Deshalb möchte ich für mich und die Sozialdemokratie sagen: Wir werden Leuten, die solche Reden halten, energisch entgegentreten!

(Anhaltender Beifall von der CDU, der SPD, der FDP und den GRÜNEN)

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Nach dieser persönlichen Erklärung gemäß § 30 der Geschäftsordnung kommen wir jetzt zur Abstimmung über den Einzelplan 05.

Der Haushalts- und Finanzausschuss empfiehlt in Drucksache 17/4405, den Einzelplan 05 in der Fassung der Beschlüsse des Ausschusses anzunehmen. Wir kommen damit zur Abstimmung über die Beschlussempfehlung. Wer der Beschlussempfehlung zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind CDU- und FDP-Fraktion. Wer stimmt dagegen? – SPD, Bündnis 90/Die Grünen und die AfD-Fraktion. Ich frage vorsichtshalber, ob sich jemand enthalten möchte? – Das ist nicht der Fall. Dann ist mit dem festgestellten Abstimmungsergebnis der **Einzelplan 05 in zweiter Lesung in der Fassung der Beschlussempfehlung Drucksache 17/4405 angenommen**.

Ich rufe auf:

Einzelplan 14 Ministerium für Wirtschaft, Innovation, Digitalisierung und Energie

Beschlussempfehlung und Bericht
des Haushalts- und Finanzausschusses
Drucksache 17/4414 – Neudruck

- a) Wirtschaft**
- b) Energie, Landesplanung**
- c) Innovation und Digitalisierung**

Ich rufe den ersten Teilbereich auf und eröffne die Aussprache:

a) Wirtschaft

Für die SPD-Fraktion hat Herr Kollege Sundermann das Wort.

Frank Sundermann (SPD): Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Man kann heute im Landtag des Landes Nordrhein-Westfalen keine Rede zur Wirtschaftspolitik anfangen, ohne kurz darauf einzugehen – viele von Ihnen haben es sicherlich schon gehört –, dass die Firma Bayer, einer der größten Arbeitgeber in unserem Land, plant, weltweit 12.000 Arbeitsplätze abzubauen. Ich möchte zu dieser Tatsache zwei Dinge ausführen.

Erstens fühlen wir natürlich mit den Mitarbeitern mit, die heute nach Hause kommen und ihrer Frau/ihrem Mann sagen müssen: Ich weiß nicht, wie es zukünftig weitergeht. – Der Anstand gebietet es, mit diesen Menschen mitzufühlen.

Zweitens möchte ich die Erwartung an die Landesregierung formulieren – das Thema ist noch ganz frisch; wahrscheinlich auch für Sie, Herr Pinkwart –: Wir erwarten, dass die Landesregierung – anders als bei ähnlichen Problemen, die große Unternehmen in